

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 18.09.2008
im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Landrat Gerd Wiesmann

Mitglieder:

Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	Vertretung für Roman Cebaus
Magdalene Garvert	Rhede	
Hermann Horstick	Gescher	
Hans Hund	Bocholt	
Irmgard Kerkhoff	Rhede	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Bernd Schöning	Stadtlohn	
Markus Schulte	Gronau	Vertretung für Stephanie Pohl
Ursula Schulte	Vreden	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	Vertretung für Hans Theo Peschkes
Heinz-Josef Tönnies	Heiden	
Gabriele Wahle	Ahaus	
Heinrich Weddeling	Südlohn	
Gertrud Welper	Vreden	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Wilfried Kersting
Sofia Arnold
Ramona Bülsing

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

- Punkt 1: **Änderungsnotwendigkeiten und -potentiale bei der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland (EGW)****
- **Vorlage: 0232/2008**
 - **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 20.08.2008
Vorlage: 0200/2008**
 - **Antrag der CDU-Fraktion vom 17.09.2008
Vorlage: 0243/2008**
 - **Antrag der FDP-Fraktion vom 03.09.2008
Vorlage: 0222/2008**
 - **Antrag der FDP-Fraktion vom 08.09.2008
Vorlage: 0233/2008**
 - **Antrag der SPD-Fraktion vom 08.09.2008
Vorlage: 0235/2008**
-

Berichterstatter/in:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Fraktionsvorsitzender Heinz-Josef Tönnies
Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte
Fraktionsvorsitzende Gertrud Welper
Fraktionsvorsitzender Bernd Schöning

Kreisdirektor Werner Haßenkamp erläutert zunächst die Vorlage der Verwaltung. Die Kernfrage nach der Rechtsform der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland (EGW) sei seinerzeit mit guten Gründen, die auch heute noch Gültigkeit hätten, zu Gunsten einer GmbH entschieden worden.

Kreisausschussmitglied Schöning erklärt, die Ursache für die vorliegenden Verlustgeschäfte liege nicht in der Rechtsform, sondern bei handelnden Personen. Sollen künftig Dritte, z.B. Vertreter der Städte und Gemeinden, in die Entscheidungsgremien der EGW eingebunden werden, dann müssten diese auch mit Pflichten eines Mitgesellschafters ausgestattet werden. Vorteil wäre dann auch eine Mitverantwortung der beteiligten Bürgermeister. Den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur künftigen Zusammensetzung des EGW-Aufsichtsrates und der EGW-Gesellschafterversammlung könne er unterstützen. Beim CDU-Antrag sei nicht deutlich, welche Personengruppe künftig Mitglied im Aufsichtsrat sein solle. Die Entsendung von Fachleuten könne er unterstützen.

Kreisausschussmitglied Schulte, U., gibt an, nach ihrer Erinnerung sei die Politik beauftragt worden, den Rahmen für Änderungspotentiale bei der EGW für eine nähere Prüfung durch die BDO festzulegen. Umso erstaunter sei sie über die Vorlage der Verwaltung. Die SPD-Fraktion halte dennoch an ihrem Antrag, die BDO mit der Prüfung unterschiedlicher Szenarien zu beauftragen, fest. Den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN auch in der von der CDU-Fraktion modifizierten Fassung befürworte sie. Die Anträge der FDP-Fraktion könne sie nicht unterstützen.

Kreisausschussmitglied Ballenthin verdeutlicht, die CDU-Fraktion habe den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN zur Zusammensetzung der EGW-Gesellschafterversammlung und des EGW-Aufsichtsrates in einigen Punkten geändert. Da die Anzahl der Mitglieder im Aufsichtsrat nach dem GmbH-Gesetz durch drei teilbar sein müsse, sei sie auf neun geändert worden. Ob externe Fachleute in den Aufsichtsrat der EGW gewählt würden, solle eine freie Entscheidung des Kreistages sein. Die Verteilung eines Grundmandates je Fraktion halte die CDU-Fraktion für nicht richtig, da die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der EGW dann die Mehrheitsverhältnisse nicht widerspiegeln würde. Eine Änderung der Gesellschaftsform der EGW sei nicht erforderlich. Wichtig sei, die Kontrollelemente zu verbessern. Der Gesellschaftsvertrag müsse insoweit überarbeitet werden. Dies sei Aufgabe von BDO und LLR. Die Politik könne allein die Richtung vorgeben. Den Antrag der FDP-Fraktion, die abfallwirtschaftlichen Aufgaben der Städte und Gemeinden beim Kreis zu bündeln, sehe die CDU-Fraktion sehr kritisch. Das bisherige System sichere Pluralität. Von den Auftragserteilungen würden viele hiesige mittelständische Unternehmen profitieren.

Kreisausschussmitglied Weddeling erklärt, er unterstütze den Antrag der FDP-Fraktion über die Veräußerung von Gesellschaftsanteilen der EGW an Dritte nicht. Durch eine Einbindung von Städten und Gemeinden würden Entscheidungswege zu lang.

Kreisausschussmitglied Welper erläutert, auch sie könne den Anträgen der FDP-Fraktion nicht zustimmen. Die Nummer 1 des Antrages der CDU-Fraktion befürworte sie uneingeschränkt. Mit der Einschränkung auf die stimmberechtigten Mitglieder in Nummer 2 a) des Antrages sei sie ebenfalls einverstanden. Im Hinblick auf Nummer 2 b) halte sie weiterhin eine Regelung über Grundmandate zur Sicherstellung der Transparenz auch für kleinere Parteien für angemessener. Zu diesem Punkt werde sie sich heute enthalten.

Kreisausschussmitglied Hund betont, zur GmbH als Rechtsform sehe er keine sinnvolle Alternative. Im Gegenteil stelle sie eine glänzende Ausgangssituation dar, in dem auch zukünftig harten Geschäft um gewerblichen Müll zu bestehen. Hier seien Kompetenz, Schnelligkeit und Flexibilität gefordert – eine Stärke von frei am Markt agierenden Unternehmen. Auch sei die bisherige Gebührengestaltung angemessen. Soweit Unternehmen oder Kommunen Mitgesellschafter würden, würden die Geschäfte durch Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen komplizierter. Die Entscheidung über die Rechtsform sollte in dieser Sitzungsrunde entschieden werden. Die genaue gesellschaftsvertragliche Ausgestaltung müsse dann folgen.

Kreisausschussmitglied Schöning entgegnet, das Problem der unterschiedlichen Interessen durch Mitgesellschafter sehe er nicht. Die vorgelegte Resolution der Stadt Gronau zeige, dass Forderungen seitens der Städte und Gemeinden bestünden. Zweck des Antrages sei es, dann auch Pflichten einzufordern und eine echte Beteiligung zu erreichen. Die Beteiligung von Städten und Gemeinden erfolge zudem freiwillig. Bei Interesse könnten öffentlich-rechtliche Vereinbarungen getroffen werden. Daher sei die befürchtete Monopolstellung illusorisch.

Landrat Gerd Wiesmann erklärt, über die Beteiligung von Kommunen könne grundsätzlich gesprochen werden. Es handle sich allerdings um ein sehr schwieriges Feld, das im Kreis Borken aktuell nicht anstehe. Vordringlich müsse die EGW zunächst wieder sicher aufgestellt werden.

Kreisausschussmitglied Schulte, U., führt aus, die EGW habe ihre Aufgaben im Abfallbereich in der Vergangenheit stets gut bewältigt. Ob hoheitliche Aufgaben in einem Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht am Besten aufgehoben seien und die weitgehende Entziehung der Kontrolle durch die Kommune gerechtfertigt sei, sei aber fraglich. Die SPD-Fraktion sympathisiere mit der Lösung eines Eigenbetriebes, die in vielen Städten und Gemeinden Erfolg habe. Darüber hinaus sei nun genau der richtige Zeitpunkt, einen gemeinsamen Abfallverbund mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zu realisieren, sofern er denn gewünscht werde. Dies sei aber offensichtlich nicht der Fall. Der CDU-Antrag zur Zusammen-

setzung des Aufsichtsrates berücksichtige weiterhin die kleineren Fraktionen nicht. Dies sei schade, da so die leidigen Diskussionen der vergangenen Jahre weitergeführt würden.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp verdeutlicht, ein Eigenbetrieb sei eine öffentlich-rechtliche Konstruktion, auf die die in der Vorlage genannten vergaberechtlichen und steuerlichen Nachteile ebenso zuträfen.

Kreisausschussmitglied Kerkhoff erklärt, die privatrechtliche Form der GmbH schließe Möglichkeiten zu einer verbesserten Kontrolle der EGW durch den Kreis nicht aus. Wie dies erreicht werden könne, stünde ja auch im Fokus der kommenden Untersuchung durch die BDO.

Kreisausschussmitglied Schulte, U., entgegnet, Informationen über die und aus der Gesellschaft dürften im Hinblick auf die Konkurrenzsituation mit privaten Unternehmen rechtlich nicht zu 100 Prozent weitergegeben werden.

Kreisausschussmitglied Schulte, M., erwidert, eine Information an die Kreistagsmitglieder dürfe nach der Geschäftsordnung sehr wohl erfolgen.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, sowohl über die Rechtsform der EGW, als auch über die Zusammensetzung der EGW-Gremien zu entscheiden.

Landrat Gerd Wiesmann lässt sodann zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion, **Vorlage 0235/2008** abstimmen.

Beschluss: 4 Ja-Stimmen
 13 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über **Nummer 1** des CDU-Antrages, **Vorlage 0243/2008** abstimmen:

Beschluss: 14 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die bisherige Gesellschaftsform der EGW zu bestätigen und die EGW als GmbH weiterzuführen.

Landrat Gerd Wiesmann lässt anschließend über den Antrag der FDP-Fraktion, **Vorlage 0222/2008** abstimmen:

Beschluss: 1 Ja-Stimme
 17 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt danach über den Antrag der FDP-Fraktion, **Vorlage 0233/2008** abstimmen:

Beschluss: 1 Ja-Stimme
 17 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über **Nummer 2 a)** des CDU-Antrages als Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, **Vorlage 0243/2008** abstimmen:

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Änderungen in den künftigen Gesellschaftsvertrag der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH aufzunehmen:

§ 6 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

Die Gesellschafterversammlung besteht, solange der Kreis Borken alleiniger Gesellschafter ist, aus den stimmberechtigten Mitgliedern des Kreisausschusses (§§50ff. KrO NRW).

Die interne Willensbildung der Gesellschafterversammlung richtet sich nach den kommunalrechtlichen Bestimmungen über die Abstimmung in kommunalen Ausschüssen gemäß §§ 41 Abs. 4 Satz 1, 35 Abs. 1 Kreisordnung NW

Landrat Gerd Wiesmann lässt schließlich über **Nummer 2 b)** des CDU-Antrages, **Vorlage 0243/2008** abstimmen:

Beschluss: 11 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen
 3 Enthaltungen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Änderungen in den künftigen Gesellschaftsvertrag der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH aufzunehmen:

§ 9 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

Der Aufsichtsrat besteht aus 9 vom Kreistag bestellten Mitgliedern. Der Kreis Borken entsendet 9 Mitglieder, von denen 8 vom Kreistag gewählt werden, und den Hauptverwaltungsbeamten oder eine/n von ihm benannte/n Vertreter/in.

Punkt 2: Bürgschaft zu Gunsten der EGW zur Errichtung eines Bauhofes in Gescher/Estern
Vorlage: 0231/2008

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisausschussmitglied Schulte, U. erklärt, ihre Fraktion könne der jetzigen Vorlage im Gegensatz zu der für die Kreistagssitzung am 26.06.08 vorgelegten Vorlage zustimmen.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schöning antwortet Kreisdirektor Werner Haßenkamp, bei dem Vertrag mit der Bank handele es sich um eine Unternehmensentscheidung, die im Vorfeld natürlich mit Alternativen abgewogen worden sei. Entscheidend sei, die Liquidität der EGW zu erhalten. Gegenüber dem zunächst vorgesehenen Forderungsverkauf, sei die Bürgschaft der vertrautere Weg.

Kreisausschussmitglied Schöning entgegnet, die Gewährung einer Bürgschaft sei eine Ausnahme, die genehmigt werden müsse. Er frage sich, warum der Bank eine Forderungsabtretung zur Sicherheit nicht ausreiche. Gegebenenfalls müsse mit einer anderen Bank verhandelt werden.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp erklärt, eine andere Bank würde ebenfalls nicht auf eine Sicherheit verzichten.

Beschluss: 17 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag stimmt der Gewährung der Bürgschaft zu Gunsten der EGW zu.

Punkt 3: Flugplatz Wenningfeld GmbH
• **Vorlage: 0224/2008**
• **Antrag der FDP-Fraktion vom 04.09.2008**
Vorlage: 0228/2008

Berichterstatter/in: Landrat Gerd Wiesmann
Fraktionsvorsitzender Bernd Schöning

Kreisausschussmitglied Schöning erläutert, die jetzt anvisierte Übernahme der FBG durch die FWG entspreche im Wesentlichen dem Anliegen der FDP-Fraktion, das noch im Juni 2008 im Kreistag abgelehnt worden sei.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schulte, U., antwortet Landrat Gerd Wiesmann, sofern der Baubeginn nicht in diesem Jahr erfolge, stünde die Förderzusage des Landes erst einmal in Frage. Die Situation solle jedoch in einem Gespräch in der kommenden Woche geklärt werden.

Auf weitere Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schulte, U., teilt Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues mit, die genauen Mehrkosten durch die allgemeine Kostensteigerung aufgrund des verspäteten Baubeginns könnten erst im Rahmen der Ausschreibung geklärt werden.

Kreisausschussmitglied Schöning führt zum Antrag der FDP-Fraktion zum 04.09.2008 aus, eine Besichtigungsfahrt zum Flugplatz Egelsbach sei sinnvoll, wenn sich der Kreistag mit der Thematik weiter beschäftige.

Kreisausschussmitglied Schulte, U., erläutert, auch sie sehe die Thematik originell bei den Unternehmen selbst und der WFG, die sich der Thematik auch bereits angenommen habe. Darüber hinaus sei es nicht richtig, vom Land und Bund geförderte Projekte nach Auslauf mit Mitteln des Kreises weiterzuführen. Dies gelte umso mehr, als dieses Projekt zu teuer sei. Die SPD-Fraktion lehne die dargestellte Förderung des Projektes „Personalarbeit in Zeiten demographischen Wandels“ daher ab. Die Angelegenheit erinnere an die Erfahrungen mit dem Projekt Netzwerk AMPEL.

Landrat Gerd Wiesmann betont, das Projekt „Starke Unternehmen – Starke Region“ sei abgeschlossen und auf dem Fachforum „Brennpunkt Demographie“ von einer breiten Öffentlichkeit positiv bewertet worden. Das von einer Vielfalt von Institutionen getragene Netzwerk Westmünsterland sei sehr wertvoll, da es nicht zuletzt den Kreis Borken bei der Verwirklichung wichtiger Ziele und Maßnahmen unterstütze.

Kreisausschussmitglied Welper begrüßt die breite Trägerschaft. Sie frage sich allerdings, wie die Institutionen sich finanziell einbrächten und ob das Projekt nicht mit Drittmitteln finanziert werden könne.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp führt aus, die WFG könne den Anspruch des Projektes mit den vorhandenen Strukturen nicht erfüllen. Das Netzwerk Westmünsterland verfüge bereits über die erforderliche Kompetenz und könne die Wirtschaft bestmöglich einbinden. Überdies könnten über das Netzwerk Drittmittel gut eingeworben werden. Der Kreis Borken sei durch den vernetzten Ansatz im Vergleich zu anderen Regionen sehr gut aufgestellt. In einer von vielen kleinen und mittleren Unternehmen geprägten Region gewinne die Sensibilisierung für die Thematik an Bedeutung. Hier sei der Kreis Borken gefragt. Sich herauszuhalten, halte er für falsch. Das Netzwerk biete die größtmögliche Gewähr, das Projekt auch in einem finanziell vertretbaren Rahmen erfolgreich umzusetzen.

Kreisausschussmitglied Hund spricht sich für die Initiative aus. Aus seiner Erfahrung hätten viele Unternehmen und Beschäftigte die Bedeutung des demographischen Wandels noch nicht wirklich begriffen. Von dem Mitteleinsatz profitierten die gesellschaftlichen Strukturen insgesamt. Daher halte er ihn für sehr gut verantwortbar.

Auf Nachfragen der Kreisausschussmitglieder Tanjsek und Schulte, M., stellt Kreisdirektor Werner Haßenkamp klar, dass es sich um ein in sich abgeschlossenes Projekt handle, wenn gleich das Thema „Demographie“ die Gesellschaft für einen langen Zeitraum begleiten werde.

Landrat Gerd Wiesmann lässt sodann über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

In Zusammenarbeit mit dem Verein Netzwerk Westmünsterland e.V. wird das Demographie-Projekt „Personalarbeit in Zeiten demographischen Wandels“ für den Zeitraum 01.10.2008 - 30.09.2011 weiter durchgeführt.

Der Kreistag erhält zum Stichtag 01.04.2009 einen Zwischenbericht und zum Stichtag 30.09.2011 einen Abschlussbericht sowie einen weiteren Zwischenbericht.

Punkt 6: Errichtung von Photovoltaikanlagen
Vorlage: 0212/2008

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Kreisausschussmitglied Horstick berichtet über die vorangegangenen Beratungen im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Fischer stellt Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues klar, das Gebäude der Berufsbildungsstätte (BBS) in Ahaus sei nicht aufgeführt, da es sich nicht um ein kreiseigenes Gebäude handle.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp fügt hinzu, es erfolge eine Neusanierung des Daches der BBS, weshalb sich entsprechende Überlegungen zurzeit nicht einfügten.

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues erläutert ergänzend zur Vorlage, die Errichtung von Photovoltaikanlagen durch Kommunen sei nach gängiger Rechtsprechung als „Annexkompetenz“ mit den Regelungen des § 107 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) vereinbar. Dies sei auch von der Revision des Kreises Borken geprüft und bestätigt worden. Der Abschreibungszeitraum für die Photovoltaikanlagen betrage 20 Jahre.

Kreisausschussmitglied Schöning entgegnet, eine Errichtung von Photovoltaikanlagen aus Steuermitteln sei problematisch. Auf Anfrage der Stadt Stadtlohn habe der Städte- und Gemeindebund NRW eine Vereinbarkeit mit den engen Grenzen des § 107 GO NRW zur wirtschaftlichen Betätigung verneint, sofern über die Eigenversorgung des Gebäudes hinaus eine Gewinnerzielungsabsicht vorliege.

Kreisausschussmitglied Schulte U. verweist auf die anstehenden Haushaltsberatungen, in denen die Fraktionen entsprechende Anträge zur Umsetzung stellen könnten.

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag nimmt den Bericht der Verwaltung zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern kreiseigener Gebäude zur Kenntnis. Über die Umsetzung wird im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 entschieden.

Punkt 7: Zuwendungsbericht für den Kreis Borken für 2007
Vorlage: 0204/2008

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisausschussmitglied Lindenhahn bittet, in den künftigen Zuwendungsberichten Angaben zum Förderzeitraum und zur Beschlussgrundlage (Gremium und Datum) der freiwilligen Zuweisungen und Zuschüsse aufzunehmen.

Im Übrigen nimmt der Kreisausschuss den Zuwendungsbericht des Kreises Borken für 2007 zur Kenntnis.

**Punkt 8: Resolution des Kreistages zum Entwurf des neuen Sparkassengesetzes
Antrag der SPD-Fraktion vom 08.09.2008
Vorlage: 0234/2008**

Berichterstatter/in: stv. Fraktionsvorsitzender Hans-Theo Peschkes
Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Kreisausschussmitglied Schulte, U. führt aus, der Kreistag solle ein deutliches Votum gegen den Gesetzentwurf aussprechen. Auf diese Weise könnten die gleichlautenden Bestrebungen des Landkreistages NRW, des Städtetages NRW und des Städte- und Gemeindebundes NRW unterstützt werden. Schade sei, dass die Sparkasse Westmünsterland bisher keine offizielle Stellungnahme abgegeben habe.

Kreisausschussmitglied Ballenthin teilt mit, der Entwurf des neuen Sparkassengesetzes enthalte neben einigen guten Änderungen, viele kritische Aspekte, um deren Überarbeitung sich die Interessenverbände jedoch bereits intensiv bemühten. Nach erfolgter Anhörung sei die Resolution bereits überholt, zumal sie auch keine neuen Aspekte enthalte.

Kreisausschussmitglied Schulte, U. entgegnet, ihre Fraktion habe bereits im Vorjahr eine Resolution zu der Thematik in den Kreistag eingebracht, die damals abgelehnt worden sei. Die Resolution habe auch noch zum jetzigen Zeitpunkt Gewicht bei den Entscheidungsträgern. Überdies sei sie ein Zeichen für die Angestellten der hiesigen Sparkassen, dass deren Ängste ernst genommen würden.

Kreisausschussmitglied Schöning erklärt, mangels Zuständigkeit habe er zunächst überlegt, einen Antrag auf Nichtberatung des Punktes zu stellen. Die vorliegende Resolution sei zudem inhaltlich in vielen Punkten nicht richtig. Ziel der SPD-Fraktion sei es offensichtlich, Aufsehen um Scheinprobleme zu erregen. Deshalb könne er dieser Resolution nicht zustimmen.

Kreisausschussmitglied Schulte, U. weist die Kritik entschieden zurück.

Beschluss: 5 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Punkt 9: Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

- **Vorlage: 0208/2008**
 - **Antrag der CDU-Fraktion vom 20.08.2008**
Vorlage: 0199/2008
 - **Antrag der UWG-Fraktion vom 03.09.2008**
Vorlage: 0223/2008
 - **Antrag der FDP-Fraktion vom 04.09.2008**
Vorlage: 0227/2008
 - **Antrag der FDP-Fraktion vom 17.09.2008**
Vorlage: 0242/2008
-

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Fraktionsvorsitzender Heinz-Josef Tönnies
Fraktionsvorsitzender Heinrich Weddeling
Fraktionsvorsitzender Bernd Schöning

Landrat Gerd Wiesmann lässt zunächst über die **Vorlage: 0208/2008** der Verwaltung abstimmen:

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag wählt als Nachfolger für Herrn Hans-Georg Zurhausen als Mitglied in den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Borken:

Paul Geuting
Weseler Landstr. 75
46325 Borken

Landrat Gerd Wiesmann lässt sodann über den Antrag der CDU-Fraktion, **Vorlage 0199/2008**, abstimmen:

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Herr Arno Berning, Freiter Pättken 21, 46348 Raesfeld wird zum stellvertretenden Beisitzer in den Wahlausschuss für die Kreistags- und Landratswahl 2009 gewählt.

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über den Antrag der UWG-Fraktion, **Vorlage 0223/2008**, abstimmen:

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Umbesetzung in den nachfolgend aufgeführten Gremien wird zugestimmt.

1. Kreisausschuss

Ausscheidendes Mitglied:
Herr Winfried Sperlbaum

Neues Mitglied:
Herr Heinrich Weddeling

Stellvertreter:
Herr Richard Temminghoff

2. Ältestenrat

Ausscheidendes Mitglied:
Herr Winfried Sperlbaum

Neues Mitglied:
Herr Heinrich Weddeling

Stellvertreter:
Herr Richard Temminghoff

3. Interfraktionelle Arbeitsgruppe Regionale 2016

Ausscheidendes Mitglied:
Herr Winfried Sperlbaum

Neues Mitglied:
Herr Richard Temminghoff

4. Wirtschaftsforum

Ausscheidendes Mitglied:
Herr Winfried Sperlbaum

Neues Mitglied:
Frau Anglika Dannenbaum

5. Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken mbH - Aufsichtsrat

Ausscheidendes stellvertr. Mitglied:
Herr Winfried Sperlbaum

Neues stellvertr. Mitglied:
Frau Angelika Dannenbaum

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über den Antrag der FDP-Fraktion, **Vorlage 0227/2008**, abstimmen:

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt, dass Herr Guido Pasedag, Nordstraße 60, 46399 Bocholt, als sachkundiger Bürger und Nachfolger von Herrn Peter Wahl zum stellvertretenden Mitglied in den Fachausschuss für Verkehr und Bauwesen gewählt wird.

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann über den Antrag der FDP-Fraktion, **Vorlage 0242/2008**, abstimmen:

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt, dass weiteres stellvertretendes Mitglied im Fachausschuss für Verkehr und Bauwesen Herr Wolfgang Klein, Bussard-Weg 13, 48683 Ahaus, wird.

Punkt 10: 2. Controllingbericht 2008
Vorlage: 0179/2008

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp stellt die wesentlichen Ergebnisse des 2. Controllingberichtes vor.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schulte, U. erläutert Kreisdirektor Werner Haßenkamp, im Bereich der stationären Heimpflege führten höhere Fallzahlen durch neue Alten- und Pflegeheime zu höheren Ausgaben. Betriebswirtschaftlich rechne sich der erhöhte personelle Aufwand zur Überprüfung der Heimnotwendigkeit bereits bei wenigen verhinderten Heimaufnahmen.

Der Kreisausschuss nimmt die Ergebnisse des 2. Controllingberichtes zur Kenntnis.

Punkt 11: Maßnahmenplanung 2009

- **Vorlage: 0181/2008**
 - **Antrag der SPD-Fraktion vom 08.09.2008**
Vorlage: 0236/2008
-

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Kreisausschussmitglied Tönnes kritisiert die Vorgehensweise der SPD-Fraktion. So werde im SPD-Antrag zum Budget 02, Ziel 1, der im Bereich des Frühwarnsystems von Kindswohlfährdung im Jugendhilfeausschuss weitgehend erzielte Konsens jetzt wieder in Frage gestellt.

Kreisausschussmitglied Schulte, U. entgegnet, wichtige Ziele der politischen Arbeit dürften auch durch eine Beratung im Kreisausschuss verfolgt werden.

Kreisausschussmitglied Garvert teilt mit, die Erkenntnis im SPD-Antrag zum Budget 6, Ziel 1, dass Landwirtschaft und Agrarpolitik sehr bedeutende Themen seien, erfreue sie. Eine Diskussion müsse aber auf anderer Ebene stattfinden. Die Nahrungsmittelknappheit sei ein Verteilungsproblem, das im Kreis Borken nicht gelöst werden könne.

Kreisausschussmitglied Stilkenbäumer führt zum SPD-Antrag zum Budget 05, Ziel 1, aus, auf Förderschulen könne keineswegs verzichtet werden. Die Integration behinderter Schüler/innen in den Regelschulbetrieb sei nur in Grenzfällen möglich.

Kreisausschussmitglied Schulte, U., erklärt, einige Eltern bräuchten Ermunterung, sich für eine Regelschule zu entscheiden. Hiervon sei sie, die ehemals Anhängerin der Förderschulen gewesen sei, inzwischen in Gesprächen überzeugt worden.

Kreisausschussmitglied Tönnes rät von Extremen ab. Beide Möglichkeiten – der Unterricht auf einer Regelschule und die Integration in eine Regelschule – sollten offen stehen.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, über den Antrag insgesamt abzustimmen.

Beschluss: 4 Ja-Stimmen
14 Nein-Stimmen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend lässt er über die **Vorlage 0181/2008** der Verwaltung abstimmen:

Beschluss: einstimmig

Der Kreisausschuss stimmt der Maßnahmenplanung 2009 zu.

